

Sehr geehrte XXX,

im Mai 2024 hatte der BDB sich bereits einmal hilfesuchend an Sie gewandt, als die Vorgängerregierung in ihrem Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 eine drastische Kürzung für die Ausbildungsbeihilfe in der Binnenschifffahrt eingeplant hatte. Das gemeinsam mit Nachbarverbänden verfasste Schreiben vom 3. Mai 2024 finden Sie noch einmal in der Anlage beigefügt.

Zu unserer großen Bestürzung müssen wir feststellen, dass die Bundesregierung bei der Aufstellung des Haushaltes für das Jahr 2025 auf diesen Entwurf der Ampel-Regierung zurückgreift: Die Ausbildungsbeihilfe (Kapitel 1210, Titel 683 12 -129) soll von 6,84 Mio. Euro (2024) auf 4,33 Mio. Euro abgeschmolzen werden.

Der Betrag erscheint in heutigen Zeiten vernachlässigbar gering. Die Dimension für das Schifffahrtsgewerbe wird jedoch deutlich, wenn man diese Zahlen auf förderfähige Ausbildungsverträge runterbricht: Anstelle der bisher möglichen 115 Ausbildungsplätze sind zukünftig nur noch rund 60 Ausbildungsplätze förderfähig. Für eine Branche, die aufgrund ihrer ungünstigen Altersstruktur dringend auf Nachwuchs angewiesen ist, sendet das ein fatales Signal in das durchweg klein- und mittelständisch strukturierte Gewerbe. Ohne diese Unterstützung werden zahlreiche Betriebe die Ausbildung einstellen müssen.

Wir bitten Sie herzlich darum, bei den nun anstehenden Beratungen des Haushalts 2025 den Entwurf an dieser Stelle zu korrigieren. Der Binnenschifffahrt wäre sehr geholfen, wenn die Beihilfe auf dem o.g. Niveau des Jahres 2024 fortgeschrieben würde.

Gerne stehe ich Ihnen für Rückfragen zur Verfügung, ggf. auch gerne in einem kurzen Telefonat.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Schwanen
Syndikusanwalt und Geschäftsführer
Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt e.V. (BDB)
Dammstraße 26
47119 Duisburg
Tel +49-203-8000 660
Fax +49-203-8000 665
Mobil +49-151-1214 9088
bdb-schwanen@binnenschiff.de
www.binnenschiff.de

Der BDB e.V. ist im Lobbyregister unter der Registernummer R000195 für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung eingetragen.

